

## Protokoll

### Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

---

**Sitzung:** Dienstag, 11.10.2022

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:04 Uhr

**Ende:** 19:02 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

##### Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Vertretung für: Herrn Matthias Disterheft

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Vertretung für: Herrn Dr. Burkhard Plinke

Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten Köster

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

##### weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

##### sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU  
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD  
Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

### **Gäste**

Herr Jörg Reincke - Braunschweiger Verkehrs-GmbH  
Herr Albrecht Curland - Braunschweiger Verkehrs-GmbH

### **Verwaltung**

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III  
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII  
Herr Stephan Kühl - Verwaltung  
Frau Bianca Winter - RefL 0600  
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66  
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65  
Herr Carsten Beddig - AbtL 65.1  
Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600  
Herr Michael Walther - RefL 0120

### **Protokollführung**

Herr Holger Ender - Ref. 0600

### **Abwesend**

### **Mitglieder**

Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Thorsten Köster - CDU	entschuldigt

### **weitere Mitglieder**

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt
--	--------------

### **Verwaltung**

Herr Dirk Franke - RefL 0650	entschuldigt
Herr Timo Weichsler - RefL 0660	entschuldigt

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
- 3 Anträge
  - 3.1 Initiierung eines Workshops zum Thema "Fahrradwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege" 22-19630

4	Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord Ortsdurchfahrt Volkmarode und Wendeanlage Gliesmarode	22-19610
5	Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis	21-17457
5.1	Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis Änderungsantrag zur Vorlage 21-17457	21-17457-01
5.1.1	Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis Änderungsantrag zur Vorlage 21-17457	21-17457-02
6	Anfragen	
6.1	Dauerparkplätze in Parkhäusern in der Innenstadt	22-19652
6.1.1	Dauerparkplätze in Parkhäusern in der Innenstadt	22-19652-01
6.2	Ausfallsicherheit Braunschweiger Verkehrssignalanlagen	22-19670
6.2.1	Ausfallsicherheit Braunschweiger Verkehrssignalanlagen	22-19670-01
6.3	Dauerparkplätze im Umfeld des Magniviertels	22-19659
6.3.1	Dauerparkplätze im Umfeld des Magniviertels	22-19659-01
6.4	Denkmalschutz und barrierefreie Gestaltung von Straßen und Plätzen in der Innenstadt	22-19669
6.4.1	Denkmalschutz und barrierefreie Gestaltung von Straßen und Plätzen in der Innenstadt	22-19669-01

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Dr. Plinke durch Ratsfrau Göring, Ratsherr Köster durch Rats herr Täubert und Rats herr Disterheft durch Rats herr Volkmann vertreten wird. Herr Demirbas fehlt entschuldigt.

Sie macht darauf aufmerksam, dass den Ausschussmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch weitere Vorlagen zu den Auftragsvergaben unter TOP 9 zugegangen sind und die Tagesordnung um den TOP 9.8 ergänzt wurde.

Als Gäste der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende zu TOP 4 - Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord - die Herren Reincke (Geschäftsführer) und Curland (Gesamtprojektleiter Stadt.Bahn.Plus.) von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH.

Es liegt zur Sitzung eine Einwohneranfrage zum Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord vor. Ausschussvorsitzende Kluth schlägt vor, diese aufgrund des thematischen Zusammenhangs im Anschluss an die Beratung von TOP 4 zu behandeln.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **2. Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **3. Anträge**

### **3.1. Initiierung eines Workshops zum Thema "Fahrradwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege" 22-19630**

Ratsfrau Kluth bringt den interfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN ein, erläutert diesen und stellt die primäre Bearbeitung der Thematik „Wegweisung“ heraus.

Bürgermitglied Schroth berichtet über den Austausch des ADFC mit dem Niedersächsischen Landvolk zu den Vorbehalten der Feldmarkinteressenschaften (FI) bezüglich einer Radwegweisung über diese Wege. Mit Verweis auf die Dauer zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ trägt sie den Wunsch eines entsprechenden Ausbaus der Verbindung zwischen den Ortsteilen und der Innenstadt über die Feldmark vor, damit die Menschen auch diese Wege sinnvoll nutzen können.

Für Ratsherr Pohler ist die Zielrichtung des Antrags unklar, da die Verwaltung sich in Gesprächen mit den FI befindet und kündigt eine Ablehnung des Antrags durch seine Fraktion an.

Ratsherr Wirtz ist die Zielrichtung des Antrags unklar und fragt nach den Gründen, weshalb eine Einigung zwischen Verwaltung und FI nicht möglich war.

Ratsherr Kühn erklärt zum Antrag, dass in Zusammenarbeit mit den FI und anderen Betroffenen die bestehenden Hemmnisse ermittelt werden sollen. Im Rahmen des Workshops sollen diese benannt und Lösungen erarbeitet werden, damit eine Wegweisung allen Beteiligten gerecht wird. Es geht ausdrücklich nicht darum, zusätzliche Wege auszuweisen, die ggf. in die Straßenbaulast der Stadtverwaltung übertragen und Winterdienst wahrgenommen wird.

Ratsfrau Kluth hebt hervor, dass alle Beteiligten zusammengebracht werden sollen. Die rechtliche Situation soll dabei insgesamt aufgearbeitet und vermittelt sowie Vorbehalte benannt werden. Eine Moderation durch ein externes Büro erscheint ihr für eine Lösungssuche sinnvoll. Sie stellt klar, dass es nicht um jeden Weg, sondern um ein bestimmtes, festgelegtes Wegenetz geht.

Stadtrat Herlitschke berichtet aus den Gesprächen mit den FI und problematisiert die bei den FI liegende Eigentümerschaft an diesen Wegen, die die FI für die Bewirtschaftung ihrer Flächen nutzen. Die Anforderungen zur Befahrung mit einem landwirtschaftlichen Nutzfahrzeug sind andere als mit einem Fahrrad. Fahrradfahrer können diese Wege bislang auf eigenes Risiko nutzen. Werden die Wege nach vertraglicher Regelung ausgeschildert und in eine Nutzbarkeit gebracht, stellt sich die Frage der Unterhaltungspflicht. Hier handelt es sich um eine Rechts- und finanzielle Frage, zu deren Klärung aus Sicht von Stadtrat Herlitschke kein Workshop erforderlich ist.

Es erfolgt eine ausführliche Diskussion über die Ziele des Antrags und zur Durchführung eines Workshops.

Stadtrat Herlitschke regt an, dass die Verwaltung dem Ausschuss zunächst über die Gespräche mit den FI und den von dort vorgetragenen Konfliktlagen berichtet und der Antrag 22-19630 in einer der nächsten Sitzungen vor diesem Hintergrund nochmals diskutiert wird.

Ratsherr Kühn stimmt dem Vorschlag grundsätzlich zu, bittet jedoch, erweiternd um einen Bericht über das bestehende Netz und die durch den Abbau von Beschilderungen entstandenen Lücken. Die Verwaltung möge Ideen zur Schließung der Lücken vorstellen und darstellen, welche Beschaffenheit diese Wege haben sollen.

Bürgermitglied Schroth erwartet von der Verwaltung eine umfassende Bestandsaufnahme aller Freizeitwege im Verantwortungsbereich der Verwaltung bis Ende des 1. Quartals 2023.

Herr Benscheidt verweist auf das Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung als die für Freizeitwege einschlägige Rechtsgrundlage. In den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen ist eindeutig geregelt, dass die Nutzung der Freizeitwege der Erholung dienen muss. Formal kann auf Freizeitwegen kein regulärer Alltagsradverkehr stattfinden.

Ratsfrau Kluth erklärt, den Antrag für die gesamte Gremienschiene zurückzuziehen und bittet die Verwaltung um Vorlage eines ausführlichen Berichts. Ihr Ziel ist es, ein zusammenhängendes, gut funktionierendes und selbsterklärendes Netz zu erhalten. Der Bericht soll von der Verwaltung im 1. Quartal 2023 vorgelegt werden und den Ausschussmitgliedern frühzeitig vor der entsprechenden Sitzung zugeleitet werden.

### **Beschluss:**

~~Die Verwaltung wird gebeten, einen Workshop zum Thema "Fahrradwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege" zu initiieren. Ziel dieses Formates soll es sein, eine einvernehmliche Lösung für die Gestattung von Fahrradwegweisungen über land- und forstwirtschaftliche Wege zu finden. Dies soll im persönlichen Austausch zwischen Vertretenden der Verwaltung, der Feldmarkinteressentschaften, der Politik und der Mobilitätsverbände erreicht werden.~~

~~An diesem Workshop sollen folgende Gruppen bzw. Personen teilnehmen:~~

- ~~–Vertreter\*innen der wesentlichen Braunschweiger Feldmarkinteressentschaften~~
- ~~–Ggf. weitere Vertreter\*innen von land- und forstwirtschaftlichen Verbänden (Landvolk, Landesforsten, Jägerschaft etc.) wenn sinnvoll~~
- ~~–Vertreter\*innen der Verwaltung aus den Fachbereichen 66 und 68~~
- ~~–Vertreter\*innen der Ratsfraktionen~~
- ~~–Vertreter\*innen der Mobilitätsverbände.~~

~~Mit der Organisation, Durchführung und Moderation dieses Workshops ist ein externes Büro zu beauftragen.~~

~~Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für die Einrichtung und Durchführung dieses Workshops so rechtzeitig vorzulegen, dass die anfallenden Kosten in den Haushalt der Jahre 2023/2024 eingestellt werden können. Ziel soll darüber hinaus sein, dass dieser Workshop spätestens im 1. Quartal 2023 durchgeführt werden kann.~~

### **Ergebnis:**

Der Antrag wird für die gesamte Gremienschiene zurückgezogen.

## **4. Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord Ortsdurchfahrt Volkmarode und Wendeanlage Gliesmarode**

**22-19610**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Herr Reincke erläutert die Grundzüge der Planung.

Herr Curland und Frau Linde stellen die Projekte anhand einer Präsentation vor.

Herr Walther ergänzt Informationen zum Fahrplan.

Ratsherr Volkmann bezeichnet das Projekt auch in seiner Funktion als Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks 111 Hondelage-Volkmarode als alternativlos. Er zählt die große Zahl an Vorteilen der Stadtbahn für die Bürgerinnen und Bürger auf und lobt die Bürgerbeteiligung durch die Planer als vorbildlich.

Protokollnotiz: Ratsfrau Göring verlässt um 16:47 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Göring nimmt ab 16:52 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning verweist Herr Walther zunächst darauf, dass Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) wegen hoher Krankenstände aktuell nach einem Notfallfahrplan fährt. Der Fahrplan bleibt deshalb noch bis Ende der Herbstferien stadtweit eingeschränkt.

Zu ihrer Kritik an der Planung der Wendeschleife Querumer Straße erinnert Herr Walther an den vom früheren Planungs- und Umweltausschuss erteilten Auftrag an die Verwaltung zur Prüfung der Förderfähigkeit der sog. Campusbahn, deren Prüfung ist noch nicht abgeschlossen ist. Der Fördermittelgeber hat im Zusammenhang mit dem Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord deutlich gemacht, dass der Bau der Wendeanlage Gliesmarode nicht bis zum Vorliegen eines Ergebnisses zur Campusbahn ausgesetzt werden kann.

Er stellt abschließend klar, dass der Bau der Wendeanlage Gliesmarode keine Vorfestlegung auf eine negative Entscheidung zur Campusbahn ist.

Stadtbaurat Leuer versichert, dass bei der Frage Campusbahn/Erschließung Querum der Bau der Wendeschleife keine Rolle spielt. Diese steht im Zusammenhang mit dem Stadtbahnausbau Volkmarode-Nord und erhöht hier die Wirtschaftlichkeit deutlich.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Projekt und fragt nach den Planungen für die bisherige Wendeschleife an der Straße Grenzweg. Hierzu informiert Herr Curland über den vorgesehenen vollständigen Rückbau der Stadtbahnanlagen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz verlässt um 17:08 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:08 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Kluth begrüßt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Planungen als wichtigen Baustein für die Mobilitätswende in der Stadt und hebt neben der aus ihrer Sicht guten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Berücksichtigung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs „Radverkehr in Braunschweig“ insbesondere der Radwegbreiten positiv hervor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz nimmt ab 17:11 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:11 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf ihre Nachfrage im Zusammenhang mit kommunalen Hitzeschutzplänen informiert Herr Curland, dass der Einbau von hellem Asphalt bislang nicht vorgesehen ist und Gegenstand der Ausführungsplanung wäre. Als Schallschutzmaßnahme ist lärmmindernder Asphalt vorgesehen.

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung unter Bezugnahme auf Detailhinweise (z. B. Noppenstein zwischen Rad- und Fußwegen) des ADFC um Auskunft, ob und ggf. wann diese in der Planung berücksichtigt werden können.

Stadtbaurat Leuer erklärt unter Bezugnahme auf den Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“, dass die Übernahme zahlreicher Aspekte gelungen ist, obwohl die

Planung zum Zeitpunkt des Ratsbeschlusses weit fortgeschritten war. Im Rahmen der Ausführungsplanung wird die Verwaltung noch an Details für Optimierungen arbeiten.

Ratsherr Kühn bittet die Verwaltung um Information dieses Ausschusses über den Umgang mit Anregungen der Verbände und der Stadtbezirksräte im weiteren Verfahren.

Ratsfrau Mundlos thematisiert die negative Parkplatzbilanz im Bereich der Wendeschleife Gliesmarode. Da sich dieser Bereich zum Umstieg für eine Weiterfahrt mit der Stadtbahn anbietet, fragt sie, ob hier zu einem späteren Zeitpunkt noch Optimierungspotenziale bestehen. Sie bittet weiterhin um Auskunft, in welcher Größenordnung Grundstückseingriffe entlang der Stadtbahntrasse nach Volkmarode erforderlich sind und bedankt sich abschließend ausdrücklich für die Klarstellung der Verwaltung, dass mit einem Bau der Wendeschleife keine Vorfestlegung gegen eine Trassenführung in die Querumer Straße getroffen wird.

Herr Curland erläutert die sehr unterschiedlichen Grunderwerbsgrößen. Nördlich war ein nur sehr geringer Eingriff mit wenigen Quadratmetern erforderlich. Im Süden besteht die besondere Situation durch einen alten Bebauungsplan, der Verkehrsflächen mit bis zu 7 m Eingriff vorsieht. Die größten Eingriffe liegen bei 50 bis 70 qm liegen, im mittleren Bereich der Trasse zwischen 10 bis 30 qm.

Ratsfrau Lerche bedankt sich für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zur Bugenhangkirche und die weitere Aufwertung des Bereichs. Der Wegfall von Parkplätzen an dem potenziellen Umsteigepunkt an der Wendeschleife muss aus ihrer Sicht beobachtet werden

Herr Curland erklärt zur Parkplatzsituation, dass diese Haltestelle aufgrund ihrer stadtnahen Lage aus seiner Sicht nicht als Verknüpfungspunkt geeignet ist. Er weist auf Potenziale für einen Park + Ride-Parkplatz an der End-Haltestelle Ziegelwiese hin.

Ratsherr Wirtz macht auf eine nach seiner Auffassung nur eingeschränkt vorhandene Schulwegsicherheit im Bereich der Haltestelle Unterdorf aufmerksam, da auf dem von Schülerinnen und Schülern stark frequentierten gemeinsamen Geh-/Radweg zusätzlich Anliegerinnen und Anlieger das Befahren mit Kraftfahrzeugen zu ihren Grundstücken erlaubt wird.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 17:23 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 17:26 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Frau Linde erklärt, dass sich die Situation für Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zur Schule grundsätzlich verändert, durch die vorgelegte Planung die bestehende Gefahrensituation am Moorhüttenweg jedoch beseitigt wird. Die künftigen Laufwege der Schülerinnen und Schüler sind noch nicht zu prognostizieren. Die Wegstrecken über die Straßen Unterdorf und Am Sportplatz unterscheiden sich jedoch kaum. Konkrete Anschlussplanungen an den Ausbaubereich gibt es im Stadtbahnprojekt nicht.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz verlässt um 17:31 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 17:31 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Hahn erklärt für die SPD-Fraktion die Unterstützung der vorgelegten Planung. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess bezeichnet sie als großartig. Zu dem an der Wendeschleife Gliesmarode vorgesehenen WC-Container für Fahrerinnen und Fahrer der BSVG regt sie die Einrichtung eines öffentlichen WCs an. Ratsfrau Kluth unterstützt diese Idee.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 17:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Im Anschluss an diesen TOP findet die Einwohnerfragestunde statt.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung für eine Pause von 17:42 Uhr bis 17:52 Uhr.

Anschließend wird die Sitzung mit der Beratung des Tagesordnungspunktes „Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis (TOP 5, DS 21-17457) fortgesetzt.

#### **Beschluss:**

- 1.) Der vorgelegten Planung (siehe Anlage 1) des Teilprojektes 1 - Volkmarode-Nord (beinhaltet die Wendeanlage in Gliesmarode und die Ortsdurchfahrt Volkmarode) des Stadtbahnausbauvorhabens Stadt.Bahn.Plus. wird zugestimmt.
- 2.) Verwaltung und BSVG werden beauftragt, die Planfeststellung für das Teilprojekt nach Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vorzubereiten.
- 3.) Verwaltung und BSVG werden beauftragt, die Förderung des Teilprojektes 1 durch Zuwendungen beim Land Niedersachsen und beim Bund nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu beantragen.
- 4.) Verwaltung und BSVG werden beauftragt, nach erfolgten Planfeststellungsbeschlüssen, Bestätigung der Mitfinanzierung durch Bund und Land und der Bereitstellung der erforderlichen Mittel das Teilprojekt 1 umzusetzen.
- 5.) Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der BSVG folgenden Beschluss zu fassen:

„Auf Grundlage der vorgelegten Planung zur Ausbaustrecke nach Volkmarode-Nord (inkl. des notwendigen Neubaus der Wendeanlage in Gliesmarode und des Rückbaus der Bestandswendeschleife am Grenzweg) wird die entsprechende Verkehrsstrasse für die Stadtbahn der BSVG festgelegt. Vorbehaltlich notwendiger Planfeststellungsbeschlüsse, der Mitfinanzierung durch Bund und Land und der Bereitstellung der Eigenmittel durch die BSVG wird die bauliche Umsetzung und Einrichtung eines Stadtbahnbetriebes durch die BSVG beschlossen.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

<b>5.</b>	<b>Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis</b>	<b>21-17457</b>
<b>5.1.</b>	<b>Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis</b>	<b>21-17457-01</b>
	<b>Änderungsantrag zur Vorlage 21-17457</b>	
<b>5.1.1.</b>	<b>Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis</b>	<b>21-17457-02</b>
	<b>Änderungsantrag zur Vorlage 21-17457</b>	

Ratsfrau Kluth bringt den Änderungsantrag 21-17457-01 der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Viergutz nimmt ab 17:54 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Benscheidt erläutert die Stellungnahme 21-17457-02 der Verwaltung und erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung dem Radverkehr grundsätzlich genau wie anderen fahrenden Verkehrsmitteln an Kreuzungen Vorrang eingeräumt werden kann und verweist hierzu beispielhaft auf Fahrradstraßen. Er ordnet die Bevorrechtigung des Radverkehrs auf dem Ringgleis gegenüber dem querenden Straßenverkehr verkehrsrechtlich ein und erläutert die ablehnende Haltung der Verwaltung.

Zur Anregung von Ratsfrau Arning, an den Querungsstellen einen sog. Zebrastreifen anzulegen, schränkt Herr Benscheidt ein, dass Radfahrende an diesen Stellen absteigen müssen.



sen. Darüber hinaus verweist er auf die für die Anordnung von Fußgängerüberwegen nach Straßenverkehrsrecht geltenden formalen Voraussetzungen, die zu prüfen sind.

Ratsherr Kühn verweist auf die im Bereich Kreuzstraße/Ringgleisweg ausgewiesene Fahrradstraße und fragt, ob dieses Beispiel nicht auch andere Kreuzungen ähnlicher Verkehrsbedeutung übertragen werden kann, selbst wenn die Wartepflicht für Fußgängerinnen und Fußgänger auf dem Ringgleis hierdurch nicht gelöst wird.

Herr Benscheidt sagt eine Klärung der Verkehrssituation Kreuzstraße/Ringgleisweg zu.

Zur Anregung von Bürgermitglied Dr. Wendenburg, für den Straßenverkehr an den Einmündungen des Ringgleisweges das Verkehrszeichen „Vorfahrt gewähren“ anzuordnen, erläutert Herr Benscheidt die auch hierdurch für die Zufußgehenden bestehende Wartepflicht. Darüber hinaus schränkt er ein, dass die Raumwirkung dieses Verkehrsbereichs den Autofahrenden auf der durchgehenden Straße etwas Anderes suggeriert als die Beschilderung. Vorbehaltlich einer abschließenden straßenverkehrsrechtlichen Bewertung empfiehlt die Verwaltung dies jedoch nicht.

Ratsherr Wirtz erwartet eine erhebliche Steigerung des Unfallpotenzials an den Querungen des Ringgleisweges, wenn an nur wenigen Querungsstellen Radfahrende bevorrechtigt werden und dadurch eine unklare Situation entsteht. Im Sinne der Verkehrssicherheit bittet er von einem solchen Experiment abzusehen.

Stadtrat Herlitschke erinnert an den allgemeinen auch politischen Konsens hinsichtlich der Einstufung des Ringgleisweges als Freizeitweg, der kein Radweg und nicht gewidmet ist. Der Ringgleisweg wurde bewusst so entwickelt, um ihn für verschiedenen Nutzergruppen erlebbar zu machen

Durch die steigenden Nutzungszahlen insbesondere des Radverkehrs ist aus dem Freizeitweg erfreulicherweise ein normaler Verkehrs-/Erschließungsweg geworden. Er befürchtet allerdings, dass aufgrund der von Radfahrenden gefahrenen Geschwindigkeiten Zufußgehende von diesem Freizeitweg verdrängt werden. Bei auch nur einer teilweisen Umsetzung des Antrags erwartet er eine Veränderung des Charakters des Ringgleisweges.

Bürgermitglied Schroth bestätigt den Statut des Ringgleisweges als Freizeitweg. Sie begründet die verstärkte Nutzung des Ringgleiswegs durch Radfahrende mit fehlenden Alternativen auf zahlreichen Abschnitten. Sie ist überzeugt, dass mit der Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Ziele- und Maßnahmenkatalogs „Radverkehr in Braunschweig“ und dem Aufbau entsprechender Strukturen viele Radfahrende die dann komfortablere Radverkehrsinfrastruktur nutzen.

Aus Sicht von Bürgermitglied Schroth trägt die Verwaltung zudem zur Verunsicherung der Radfahrenden bei, indem sie an zahlreichen Stellen Radverkehrsbeschilderungen aufgestellt hat, die eigentlich nur für die Radverkehrsinfrastruktur zu Verfügung stehen sollten.

Sie appelliert an die Verwaltung, den Versuch einer Veränderung der Vorrangregelung am Ringgleisweg zu wagen.

Ratsfrau Mundlos vollzieht diesen Wunsch nach, verweist ihrerseits aber auf eine zunehmende Anzahl von Beschwerden über Konfliktsituationen auf dem Ringgleisweg. Aufgrund relativ hoher Fahrgeschwindigkeiten trägt sie Sorge, dass eine große Gruppe von Menschen, die den Ringgleisweg nicht mit dem Fahrrad nutzt, eingeschränkt wird.

Ratsfrau Göring verweist auf die Herkunft der Anregung aus dem Ideenportal der Stadtverwaltung und den regelmäßig vorgetragenen Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern nach einem Vorrang auf dem Ringgleis, um an Kreuzungen nicht abbremsen zu müssen. Es geht dabei um eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeiten auf dem Ringgleisweg, sondern die Ermöglichung eines flüssigen Fahrens unter Vermeidung des Abbremsens und Wideranfahrens.

Bürgermitglied Tokhi unterstützt den Vorschlag, die Vorrangregelung für den Ringgleisweg an einer exemplarischen Stelle zu testen und hier Erfahrungen zu sammeln

Zu seiner Anregung eines alternativen Rings zum Ringgleisweg für Radfahrende verweist Ratsfrau Kluth auf das von den Radfahrverbänden vorgelegte Konzept zu den Velorouten mit einer möglichst radialen Vernetzung zur Anbindung der Stadtteile. Seitens der Verwaltung soll zudem ein mit den Radfahrverbänden abgestimmtes (Grob-)Konzept voraussichtlich noch in diesem Jahr als vorgestellt werden.

Ratsherr Täubert greift das von der Ideengeberin bzw. dem Ideengeber als Begründung angeführte „teilweise nervige warten“ auf. Dieses gilt aus seiner Sicht dann gleichermaßen für den starken Radverkehr auf dem Madamenweg oder auf der Fahrradstraße Kreuzstraße, der jeweils am Ringgleisweg anhalten müsste. Eine entsprechende Änderung der Vorrangregelung bringt damit aus Sicht von Ratsherr Täubert nicht nur Vorteile.

Stadtbaurat Leuer stimmt zu, dass es in der Stadt Verbindungen für den Radverkehr bedarf, die auch höhere Fahrgeschwindigkeiten ermöglichen/erlauben. Mit dem in Planung befindlichen Veloroutennetz setzt die Verwaltung dies entsprechend um. Er verdeutlicht die Bemühungen der Verwaltung, in Abstimmung mit den Radverbänden, Verbesserungen für den Radverkehr zu erzielen. Aus seiner Sicht ist der Ringgleisweg für höhere Geschwindigkeiten aufgrund der starken Fußgängerfrequenz nicht geeignet.

Bezogen auf die Änderung der Vorrangregelung weist er auf die an vielen Querungen bestehenden eingeschränkten Sichtverhältnisse hin, die keine zügige Querung erlauben würden. Rein optisch ist der Ringgleisweg für Autofahrende aus unterschiedlichen Gründen nicht hinreichend wahrnehmbar. Sofern der Antrag beschlossen wird, muss der Ringgleisweg nach seiner Auffassung in jedem Fall gewidmet und die Flächen von Fuß- und Radweg getrennt werden.

Im Ergebnis empfiehlt Stadtbaurat Leuer daher, den Antrag nicht zu beschließen.

#### **Beschluss zu Änderungsantrag 21-17457-01:**

Die Verwaltung wird gebeten, exemplarisch für mindestens 3 Querungen des Ringgleisweges mit kreuzenden Straßen im Westlichen Ringgebiet Lösungen zu erarbeiten, die das Ringgleis gegenüber den querenden Straßen bevorzugen. Bei der Auswahl der Straßen, den weiteren Planungsschritten und Beschlüssen ist der Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet stets zu beteiligen.

Die Planungen sollen den Bürgerinnen und Bürgern spätestens im 2. Quartal 2023 vorgestellt und der Politik zur Abstimmung vorgelegt werden.

#### **Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 21-17457-01:**

dafür: 8    dagegen: 3    Enthaltungen: 0

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme DS 21-17457-02 wird zur Kenntnis genommen.

## **6. Anfragen**

### **6.1. Dauerparkplätze in Parkhäusern in der Innenstadt**

**22-19652**

#### **6.1.1. Dauerparkplätze in Parkhäusern in der Innenstadt**

**22-19652-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Er ergänzt, dass die Erhöhung der Anzahl der Dauerparkplätze in der Tiefgarage Eiermarkt zwischenzeitlich von 100 auf 175 genehmigt wurde.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-19652-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **6.2. Ausfallsicherheit Braunschweiger Verkehrssignalanlagen**

**22-19670**

### **6.2.1. Ausfallsicherheit Braunschweiger Verkehrssignalanlagen**

**22-19670-01**

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 18:39 Uhr die Sitzung.

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage der AfD-Fraktion.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-19670-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **6.3. Dauerparkplätze im Umfeld des Magniviertels**

**22-19659**

### **6.3.1. Dauerparkplätze im Umfeld des Magniviertels**

**22-19659-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn bestätigt Stadtbaurat Leuer die für Dauernutzer der Magni-Tiefgarage auch außerhalb der Öffnungszeiten bestehende Möglichkeit, ein- und auszufahren. Eine Ausweitung der allgemeinen Öffnungszeiten muss aus Sicht von Stadtbaurat Leuer Teil des Verkehrs- und Erschließungskonzeptes für das Magniviertel werden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 18:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-19659-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **6.4. Denkmalschutz und barrierefreie Gestaltung von Straßen und Plätzen in der Innenstadt**

**22-19669**

### **6.4.1. Denkmalschutz und barrierefreie Gestaltung von Straßen und Plätzen in der Innenstadt**

**22-19669-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 22-19669-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:02 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leuer	gez. Herlitschke	gez. Ender
Kluth	Leuer	Herlitschke	Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	Stadtrat	- Schriftführung -